Ressort: Politik

Maklergebühren: Unterstützung für Hamburger Bundesratsinitiative

Hamburg, 24.10.2012, 00:00 Uhr

GDN - Hamburg kann mit einer breiten Mehrheit für eine Bundesratsinitiative zur Neureglung der Maklergebühren rechnen. Nach Informationen der "Bild-Zeitung" (Mittwochausgabe) zeigen sich die Bundesländer Bremen, Schleswig-Holstein, Berlin, Baden-Württemberg und Brandenburg aufgeschlossen für den Vorschlag, künftig Vermieter und nicht Mieter die Maklerkosten zahlen zu lassen.

"Wenn das für Wohnungssuchende tatsächlich die Kosten reduziert, könnte Berlin die Initiative unterstützen", sagte eine Sprecherin der Berliner Stadtentwicklungsbehörde zu "Bild". Aus Schleswig-Holstein heißt es dazu: "Im Grundsatz ist die Zielrichtung der geplanten Änderung zu begrüßen." Im ersten Quartal 2013 will Hamburg die Initiative in den Bundesrat einbringen, bis dahin versucht Hamburg, die Zustimmung möglichst vieler anderer Länder zu gewinnen. Nordrhein-Westfalen hat seine Unterstützung bereits zugesagt.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-1044/maklergebuehren-unterstuetzung-fuer-hamburger-bundesratsinitiative.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619